

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-1D, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Siegfried Bleicher, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, wirft der Wende-Regierung vor, den Staat in die Krise geführt zu haben: "Herrenausstattung" der Republik. Seite 1

Klaus Kirschner zitiert und kommentiert den Brief eines Kindes, dessen Eltern von der Bonner Kahl-schlagpolitik betroffen sind: Was "neue Armut" wirklich bedeutet. Seite 3

Günter Verheugen MdB, Mitglied der Kommission für internationale Beziehungen der SPD, kommentiert die CSU-Attacken gegen Bischof Tutu: Parteinahme für den Rassismus. Seite 5

Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Präsidiums, äußert sich zu einem Eintrag des Flick-Buchhalters Diehl und dessen wirklicher Bedeutung: Generalstabsarbeit. Seite 6

39. Jahrgang / 208

26. Oktober 1984

Die Wende-Regierung hat den Staat in die Krise geführt

Vom Geistig-Moralischen und der "Herrenausstattung" der Republik

Von Siegfried Bleicher  
Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes

Die konservativ-liberale Bundesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, eine geistig-moralische Wende einzuleiten. Kohl und seine Partei ordnen dem Staat eine geistige Führungsrolle zu. Der Staat soll nach Art eines "ideellen Gesamt-Interessenfilters" über alle in der Gesellschaft vorhandenen Interessen schweben. An ihm soll alles, was mit schnödem Mammon zu tun hat, abprallen.

Die permanenten Enthüllungen der politischen Einflußnahme des Flick-Konzerns über beträchtliche finanzielle Mittel bezeugen indes das Gegenteil. In den letzten Monaten ist deutlich geworden, in welchem erheblichem Ausmaß ein großes Unternehmen den Versuch unternimmt, gesellschaftlichen Einfluß in politische Macht umzumünzen. In einer Gesellschaft, die von Interessen und Interessengegensätzen gekennzeichnet ist, kann der Staat freilich nicht jenseits von Gut und Böse stehen.

Kohl reklamierte die geistige Führungsrolle, obwohl seine Regierung bisher keinesfalls den Nachweis erbracht hat, daß sie ihre Arbeit "handwerklich sauber" erledigen kann. Das Gegenteil ist der Fall. Die Regierung der Wende hat sich selbst in einen Wirbelwind der Skandale und Affären verwandelt. Grundwerte wie das der Solidarität wurden schon in der Kießling-Affäre nachhaltig beschädigt.

Heute geht es um mehr: Die Glaubwürdigkeit wichtigster staatlicher Institutionen steht auf dem Spiel. Eine Persönlichkeit, die das Amt des zweiten Mannes im Staate ausübt, hätte schon beim Verdacht der Korruption die Konse-



quenzen ziehen müssen - und hätte nicht solange warten dürfen, wie der Betroffene dies tat. Dies gebieten die Würde des Amtes und der Respekt vor dieser Funktion. Hier geht es nicht um irgendein Mandat. Es geht darum zu verhindern, daß aus einer zum Teil provinziell anmutenden Schmiergeldaffäre eine Krise des Staates und seiner Institutionen erwächst.

80 Prozent der Bevölkerung glauben nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse der letzten Monate, daß die Industrie über finanzielle Zuwendungen die Politik steuert. CDU-Generalsekretär Geißler machte eine imaginäre "fünfte Kolonne Moskaus" als Bedrohung der Demokratie aus. Der Vertrauensschwund von Staat und Regierung bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung ist weitaus gefährlicher für unser Gemeinwesen als jede angebliche politische Einflußnahme fremder und dunkler Mächte. Aber dazu äußert sich der CDU-General selbstverständlich nicht.

Demokratie lebt auch von Vertrauen und Kontrolle. Das Vertrauen gerade vieler junger Menschen in staatliche Institutionen wird durch den Flick-Skandal nachhaltig beschädigt. Wie soll ein junger Mensch, der einen erbarmungslosen und fast aussichtslosen Kampf um Lehr- und Arbeitsstellen führen muß, sich zu diesem Staat bekennen, wenn Staatsmänner und -institutionen sich als käuflich darstellen?

"Die da oben machen doch, was sie wollen!" Dieser resignative Satz wird in der öffentlichen Diskussion auch am Arbeitsplatz zunehmend ergänzt durch "eine Hand wäscht die andere". Die Wirkungen auf unsere politische Kultur sind verheerend. Die Firma Friedrich Karl Flick aus Düsseldorf-Oberkassel als "Herrenausstatter der Republik"! Dieses Bild darf nicht um sich greifen! Es müssen Konsequenzen gezogen werden.

Die Gewerkschaften hatten in der Vergangenheit auch Glaubwürdigkeitsprobleme zu lösen. Wahrlich berechtigt werden an gemeinwirtschaftliche Unternehmen und ihre Geschäftsführungen moralisch höhere Maßstäbe bezüglich des persönlichen und sozialen Verhaltens angelegt, als dies "im gewöhnlichen Kapitalismus" der Fall ist. Wenn gegen diese Maßstäbe verstoßen wird, müssen Konsequenzen gezogen werden. Der DGB hat diese Konsequenzen gezogen. In der aktuellen Situation müssen sie sehr schnell durch Regierung und Parteien gezogen werden!

Der Flick-Skandal lehrt: Eine Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und damit gesellschaftlichen Einflusses birgt die permanente Gefahr in sich, Politik und Politiker an sich zu reißen. Nicht zuletzt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer wäre ein Mittel, um Transparenz zu schaffen und gegenzusteuern.

(-/26.10.1984/ks/rs)

+ + +



"Wir wollen auch mal richtig essen..."  
-----

Der Brief eines Kindes zeigt, was "neue Armut" wirklich bedeutet

Von Klaus Kirschner MdB

Mehr und mehr werden für große Teile der Bevölkerung die Auswirkungen des sozialpolitischen Kahlschlags des "Kapital-Kabinetts der geistig-moralischen Erneuerung" in aller Deutlichkeit spürbar: Die Kürzungen des Unterhaltsgeldes bei beruflicher Rehabilitation oder bei den Renten, die zusätzliche finanzielle Selbstbeteiligung bei Kuren und Krankenhausaufenthalt, die Verschlechterungen und Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung, bei der Sozialhilfe, beim Krankengeld, beim Mutterschaftsurlaubsgeld oder beim Behindertenrecht hinterlassen ihre nicht mehr übersehbaren Schleifspuren bei Betroffenen: Dies ist das Ergebnis der erfolgreichen Ministertätigkeit des Arbeits- und Sozialministers Dr. Blum.

Wenn heute überhaupt nur noch 35 Prozent der registrierten Arbeitslosen Arbeitslosengeld und dies in Höhe von durchschnittlich sage und schreibe 926 DM erhalten, dann muß das jeden verantwortlichen Politiker aufrütteln. Wie Armut um sich greift, macht auch die zur Verfügung stehende Sozialhilfestatistik deutlich, die ausweist, daß im Jahre 1982 bei 158.731 Haushaltungen (= 16,4 Prozent), die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache der Hilfgewährung war. Neuere exakte Zahlen liegen leider nicht vor, aber die Zahl derer, die Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz auf Grund des Verlustes des Arbeitsplatzes erhalten, dürfte heute bestimmt um ein erhebliches höher liegen. Die Bundesregierung selbst beziffert sie auf 25 Prozent der Empfänger, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen.

Wie Kinder diese Armut trifft, und wie sie empfunden wird, soll der Inhalt eines Briefes dokumentieren, der dieser Tage bei mir auf dem Schreibtisch landete und der ein erschütterndes Dokument darstellt:



"Ich möchte Ihnen schreiben, daß mein Papi schon zwei Jahre arbeitslos ist. Wir haben im Monat 875 Mark. Ich habe noch eine Schwester von sieben Jahren. Wir hätten eine Bitte an Sie, uns zu helfen. Wenn Sie eine Sitzung abhalten, könnte doch jeder 50 Pfennige oder eine DM spenden für uns. Dann könnte meine Mami richtig einkaufen gehen. Wir essen nur Bratkartoffel. Wir träumen jede Nacht von Bratkartoffeln. Bei uns gibt es alle vier bis sechs Wochen mal Fleisch oder Wurst, weil wir kein Geld haben. Meine Mami ist sehr krank. Sie war schon zweimal in Mainz in der Augenklinik und ist operiert worden. Meine Mami sieht fast gar nichts mehr."

Weiter heißt es dann: "Wir bitten, unseren Vorschlag nicht abzulehnen, der ist doch gut. Da wäre uns doch auch geholfen. Der Kühlschrank ist schon lange leer. Wir wollen auch mal richtig essen. Mir und meiner Schwester fehlt so vieles. Jetzt ist bald wieder Weihnachten und wir haben kein Geld und von Geschenken können wir nur träumen: von Milch, Kakao, Schokolade, Bonbons, Plätzchen, Puppen. Wie andere Kinder können wir uns nichts kaufen. Wir hoffen, daß unser Brief auch gelesen wird, und bitte nicht in den Papierkorb schmeißen. Und Bitte um Antwort. Wir hoffen, daß Sie bitte bitte uns helfen. Ich bin elf Jahre alt, meine Schwester ist sieben Jahre alt."

Abschließend heißt es: "Dieser Brief ist von zwei kleinen Kinderherzen geschrieben. Wenn auch ein paar Fehler drin sind, das macht ja nichts. Wir lernen ja noch."

Dieser Brief zeigt, was "die neue Armut in Deutschland" wirklich bedeutet.

(-/26.10.1984/ks/rs)

+ + +



**Ein beklemmender Vorgang**  
-----

**Mit Ihren Attacken gegen Bischof Tutu ergreift die CSU Partei für den Rassismus**

**Von Günter Verheugen MdB**

**Mitglied der Kommission für internationale Beziehungen der SPD**

Es ist nichts Neues, daß die Konservativen hierzulande Entscheidungen des Nobelpreis-Komitees kritisieren, die nicht mit ihrem verengten politischen Weltbild übereinstimmen.

Es ist auch nichts Neues, daß eine Partei, die sich wie die CSU ihrer engen Verbindungen mit einer Kirche rühmt, politische Aussagen von Kirchenführern gerne aufnimmt, wenn sie konservativ genug sind, aber im Fall von fortschrittlichen Äußerungen die Kirche regelmäßig ins Dorf zurückweist.

Für beide Verhaltensweisen liefert die jüngste Ausgabe des "Bayernkurier" einen beklemmenden Beleg. Das parteioffizielle Blatt des bayerischen Ministerpräsidenten (und Südafrika-Experten) Franz Josef Strauß wütet in dieser Woche gegen Bischof Desmond Tutu, den Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, dem soeben für sein Wirken der Friedensnobelpreis zuerkannt worden ist. "Den Bock zum Gärtner gemacht" heißt schon die Schlagzeile, und in dem Stil geht es weiter.

In den Augen der CSU ist Tutu ein Prediger der Gewalt. Er ist es nicht. Er sucht den Weg der Versöhnung, ohne die schlimme Realität in Südafrika zu verschweigen. Gewalt ist in Südafrika alltäglich. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit wird mit Gewalt unterdrückt - die Vorgänge der letzten Tage haben es wieder gezeigt. Wer für gewaltfreie Lösungen eintritt - wie Tutu - kann und darf die Quelle der Gewalt nicht verharmlosen, und die ist das Apartheid-Regime der weißen Minderheit.

Für die Ausfälle des "Bayernkurier" muß man sich als Deutscher schämen. Dahinter steckt eine unverhüllte Parteinahme für den Rassismus. Wieder einmal ist sichtbar geworden, daß die Bonner Koalition in ihrer Haltung zu Südafrika tief zerstritten ist. Die Bundesregierung braucht sich nicht zu wundern, wenn ihr Ansehen in der Welt sinkt. Wie soll man ihren Erklärungen gegen Rassismus noch glauben, wenn aus dem eigenen Lager so blindwütige Äußerungen kommen?

Man hat sich schon daran gewöhnt, daß Strauß und die Seinen mit großer Leidenschaft außenpolitisches Porzellan zertrümmern. Die Scherben müssen ja andere auf sammeln.

Und was die wegen ihrer Hilfe für Tutus Kirchenrat ebenfalls heftig angegriffene Evangelische Kirche in Deutschland angeht, so wird sie sich wohl von ihrer Erkenntnis nicht abbringen lassen, daß von der Hautfarbe in der Schöpfungsgeschichte nicht die Rede ist. Die sich christlich nennende Partei in Bayern muß das erst noch lernen.  
(-/26.10.1984/ks/rs)

+ + +



**Generalstabsarbeit**  
-----

Zu einem Eintrag des Flick-Buchhalters Diehl und dessen wirklicher Bedeutung

Von Erhard Eppler

Mitglied des SPD-Präsidiums

Es ist gut, daß BILD noch einmal auf die 40.000 DM zugekommen ist, die Buchhalter Diehl am 24. Oktober 1978 "wegen" Eppler ausgegeben haben will. Ich bin heute überzeugt, daß dieses Geld wirklich geflossen ist. Warum? Wohin?

Im Jahr 1978 war ich Landes- und Fraktionsvorsitzender in Stuttgart, hatte seit 1976 kein Bundestagsmandat, also keinen Einfluß auf Entscheidungen in Bundestag und Bundesregierung. Wie konnte ich trotzdem auf den Radarschirm des Herrn von Brauchitsch geraten?

Einer der vielen Vermerke des Flick-Managers an seinen Chef gibt Auskunft. Brauchitsch berichtet Flick über ein Gespräch mit Rolf Böhme, damals Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, das auf einem der unzähligen Stehempfangen in Bonn stattgefunden hatte. Nach einigen despektierlichen Bemerkungen über jenen Böhme, der Flicks Absichten im Wege stand, äußert von Brauchitsch den Verdacht, Böhme, Listenabgeordneter aus Baden-Württemberg, habe vielleicht "Angst vor seinem Landesverband (Eppler)". Also müsse da etwas Besonderes getan werden.

Da wurde nichts dem Zufall überlassen: Wenn Böhme weichgeklopft werden mußte, Eppler dabei hinderlich sein konnte, dann mußte auch Eppler weichgeklopft werden.

Natürlich habe ich mit Rolf Böhme nie über seine Amtsgeschäfte gesprochen. Er kannte die Akten, ich nicht. Wie sollte ich da sachkundigen Rat geben? Trotzdem: es hätte ja geschehen können! Also mußte etwas geschehen.

Nach meinen Informationen war ich einer der Fälle, in denen wie Brauchitsch selbst einräumte, "wegen" dasselbe bedeutet wie "gegen". Das Geld soll an Journalisten zur Bekämpfung von Eppler geflossen sein, um den Mann kleinzukriegen, der - vielleicht,vielleicht Einfluß auf Böhme hätte nehmen können.

Die 40.000 DM "wegen Eppler" sind der Summe nach ein kleiner Fisch, der Methode nach etwas vom Interessantesten, denn nirgendwo wird deutlicher, mit welcher Akribie da analysiert, geplant und agiert wurde. Keine Parteizentrale arbeitet mit solcher Umsicht, solcher Gründlichkeit. Erst wenn wir wissen, wohin diese 40.000 DM gegangen sind, wissen wir, mit welcher umfassenden Generalstabsplanung hier wirtschaftliche Macht in politische umgesetzt wurde. (-/26.10.1984/ks/rs)

+ + +

